



10 Pf

Nr. 98

bochumer studenten zeitung universität bochum u. klinikum essen



Sergio Leone: Sein Gesetzbuch war der Colt

MORD

Erschießung des Schotten Ian MacLeod

„Ich hatte den Eindruck, daß der Mann auf mich los wollte.“

„Daß der Mann unbekleidet war, das ist mir gar nicht bewußt geworden.“

„Es müsse davon ausgegangen werden, daß er (der Polizist) sich irrtümlich angegriffen gefühlt und aus Schrecken und Überraschung geschossen habe.“

„Wo gehobelt wird, da fallen Späne.“

Die Zitate aus der bürgerlichen Presse beziehen sich auf folgenden Vorgang:

Samstag den 25. 6. gegen 6.30 Uhr dringen 10 bis 20 Beamte der politischen Polizei Stuttgart im Zuge der Fahndung nach Baader-Meinhof-Sympathisanten in die Wohnung des Schotten Ian MacLeod ein. Sie brauchen nicht zu klingeln, sie haben selbst einen Schlüssel. Von dem Lärm wird MacLeod geweckt.

Er öffnet die Tür seines Schlafzimmers, die auf die Diele führt. Als er die zivil gekleideten Polizisten sieht, versucht er vor Schreck, die Tür wieder zu schließen. MacLeod ist unbekleidet — er kann keine Waffe bei sich tragen.

Trotzdem fühlt sich ein Polizist angegriffen und schießt durch die sich schließende Tür. Einer der beiden Schüsse trifft MacLeod tödlich.

Was die bürgerliche Presse nie für mittlereinstufig hielt ist folgendes:

MacLeod hat in der angeblichen Baader-Meinhof-Wohnung bis Januar gewohnt. Dann kündigte er und zog in die Wohnung, in der er jetzt erschossen wurde. Die andere Wohnung stand über einen Monat leer und wurde dann über einen Makler neu vermietet. Es gibt also keinen Grund für eine Verhaftung oder Hausdurchsuchung. In der jetzigen Wohnung MacLeods wurde keinerlei belastendes Material gefunden.

Die bürgerliche Presse versucht mit allen Mitteln diesen Mord zu rechtfertigen durch Begründungen wie „psychische Belastung der Beamten durch die Baader-Meinhof-Fahndung“ und dergl.

Im Zuge dieser Darstellungsweise wird dem Leser suggeriert, daß politische Unterdrückung, selbst wenn sie in einen Mord ausartet, gerechtfertigt ist. Zweck der bürgerlichen Berichterstattung ist es, keine Gelegenheit zur objektiven Information über die Zusammenhänge der Verfolgung zu liefern.

Die rücksichtslose Ausnutzung des Medienmonopols ist so weit gelangt, daß sie die öffentliche Meinung nach ihren Zwecken ausrichten kann, d. h. daß auch Mord als Mittel der politischen Verfolgung in den Massen keinen Widerspruch hervorruft.

Das Moralverständnis der Bürger hat eine Verschiebung erfahren dahingehend, daß politisch Linke mit anderen Maßstäben gemessen werden — mit Maßstäben, die der Ausnutzung des Gewaltmonopols der Herrschenden keine Schranken setzen.

Die Presse scheut sich nicht mehr davor, detaillierte Berichte über die Ausbildung von Scharfschützen bei der Polizei zu liefern, die eindeutig darauf hinweisen, daß die Verfolgung von „Staatsfeinden“ Formen annehmen wird, bei denen ein Mord keine Seltenheit ist.

Die Ausbildung ist so ausgerichtet, daß die Beamten sich bei Einsätzen gegen politische Linke in einer ständigen Notwehrsituation befinden und auch zur Waffe greifen, wenn objektiv kein Anlaß dazu vorliegt. Ein Zitat aus der WAZ vom 28. 6. über den Polizisten, der Ian MacLeod erschoss, beschreibt diese Situation so:

„Er habe das Gefühl gehabt und den Zwang verspürt, eine entscheidende Handlung vornehmen zu müssen und habe sich gedacht: Jetzt bist du weg.“

Die Tendenz ist klar: in allen gesellschaftlichen Bereichen, in denen Auseinandersetzungen die „parlamentarische Demokratie“ zu gefährden drohen, weil sie sich zu Klassenauseinandersetzungen ausweiten könnten, wird die Abwehr und Unterdrückung jeder Opposition organisiert.

Die Propaganda der bürgerlichen Presse täuscht dabei gezielt über den Charakter der Maßnahmen hinweg, isoliert sie voneinander und motiviert sie mit den verschiedensten Vorwänden.

Es besteht kein Zweifel, daß die Bourgeoisie für den Klassenkampf aufrüstet, zu nichts anderem dient das „Programm für die innere Sicherheit der Bundesrepublik“, in dem eine Verstärkung der Polizei um 15 000 Mann, eine bessere Ausrüstung und die Ausdehnung der Telefonüberwachung vorgesehen ist.

ROTE HILFE BOCHUM



Der Erschossene

Kampf der Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft mit ihren Rechten! Konkrete Kampfmaßnahmen beschlossen!

Nachdem jetzt klar ist, wie nach Vorstellung von Wissenschaftsminister Rau die Verfaßte Studentenschaft (im Falle der Gesamthochschule Essen) auszusehen hat, nämlich eine juristische Konstruktion ohne politisches Mandat und ohne Beitragshebungsrecht, erweisen sich studentische Aktionen als um so notwendiger! Auf der studentischen Vollversammlung vom 22. Juni 72 (ca. 1000 Teilnehmer) wurde mit überwältigender Mehrheit folgende Resolution verabschiedet:

RESOLUTION

Die studentische Vollversammlung vom 22. 6. 72 stellt fest:

am 16. 6. 72 werden in der Bergstraße in Bochum 12 in der Lehrlingsarbeit tätige Genossen verhaftet und bis auf wenige „erkennungsdienstlich“ behandelt;

am 21. 6. 72 werden 4 Mitglieder der Projektgruppe Brelohstraße festgesetzt und gleichfalls erkennungsdienstlich behandelt;

in Bonn stehen zur Beschlußfassung erweiterte Notstandsgesetze, die „Gesetze zur inneren Sicherheit“, die eine Knebelung aller fortschrittlichen Kräfte ermöglichen;

ein Betriebsverfassungsgesetz verbietet die politische Betätigung im Betrieb.

Die studentische Vollversammlung stellt weiterhin fest:

in Bonn werden zwei Studenten wegen politischer Aktivität von der Hochschule relegiert;

in Regensburg wird bei einem studentischen Streik erstmals der BAFöG-Paragraph 20 II angewandt; NRW-WiMi Rau droht den streikenden Fachhochschulstudenten Ende Mai den Entzug der Ausbildungsförderung an;

am 24. 5. 72 erklärt WiMi Rau, daß er die Verfaßte Studentenschaft mit ihren Rechten für überflüssig hält und sie in den neuen Uni-Satzungen, die er laut Gesamthochschulerrichtungsgesetz erlassen kann, nicht mehr vorsehen will.

Die studentische Vollversammlung stellt zusammenfassend fest:

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen bereits geschehen und ständig praktiziert, sollen auch im Hochschulbereich fortschrittliche und politisch aktive Kräfte diszipliniert werden. Mittel dazu ist die Verkrüppelung der Verfaßten Studentenschaft zu einem bloßen Mitwirkungsorgan der Universität durch den Entzug des Beitragshebungsrechts und die Aberkennung des politischen Mandats.

Die studentische Vollversammlung beauftragt den ASTA:

für den Anfang des Wintersemesters 72/73 eine Urabstimmung über die Verfaßte Studentenschaft mit ihren Rechten zu organisieren;

gleichfalls für Anfang des Wintersemesters 72/73 einen Streik vorzubereiten — wenn möglich, mit anderen NRW-ASTen zusammen.

Die studentische Vollversammlung beauftragt die in den Satzungenkonvent gewählten Studenten, nur unter folgenden Essentials dort mitzuarbeiten:

- (1) Erhaltung der Verfaßten Studentenschaft mit allen ihren Rechten (Beitragshebungsrecht, politisches Mandat),
(2) Viertelparität im Konvent
(3) Nichtanwendung des Quorums
(4) das Ordnungsrecht geht nicht über das geltende Strafrecht hinaus. Die studentische Vollversammlung hält es für notwendig,
in den Satzungenkonvent gewählten Hochschullehrer in den Lehrveranstaltungen zu den 4 Essentials zu befragen.

WEG MIT DER SCHWEIGEPFLICHT!

WEG MIT DEM ORDNUNGSRECHT!

WEG MIT DEM QUORUM!

VIERTELPARITÄT IM KONVENT!

FÜR DIE ERHALTUNG DER VERFAßTEN STUDENTENSCHAFT MIT ALLEN IHREN RECHTEN!

SOLIDARITÄT MIT DEN GENOSSEN AUS DER BERGSTRASSE

SE UND VON DER PROJEKTGRUPPE BRELOHSTRASSE! WEG MIT DEN NEUEN NOTSTANDSGESETZEN! KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF!

Dazu verschickte der ASTA folgenden Brief an die Hochschullehrer im Satzungenkonvent:

Betr.: Essentielle studentischer Mitarbeit im Satzungenkonvent

Sehr geehrte Herren!

Die studentische Vollversammlung vom 22. 6. 72 hat die anliegende Resolution verabschiedet. Dabei wurde in der Diskussion klargestellt, daß im Falle, daß die Essentials nicht Eingang in die neue Hochschulsatzung finden, eine Satzungenkonventssprengung erfolgt.

Diese Resolution wurde von allen studentischen politischen Hochschulgruppen, die im Satzungenkonvent vertreten sind, also SHB/SF, SAG, MSB/Spartakus und BSU/SLH, unterstützt.

Der ASTA bittet Sie um Stellungnahme zu den Essentials.

Mit freundlichen Grüßen (Reinhard Greeven)

Ausbeutung mit Sonnenhut und Kamera

In der Diskussion über die Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder durch die Metropolen ist bisher ein Wirtschaftszweig, der Tourismus, zu wenig beachtet worden, obwohl er eine immer stärkere Bedeutung gewinnt. Im Zusammenhang mit dem Int. Arbeitskreis (s. BSZ Nr. 95) hat sich daher eine Projektgruppe „Tourismus und Dritte Welt“ konstituiert, die sich mit den Auswirkungen des Tourismus auf die Armen Länder beschäftigt.

Allein 1971 gaben Bundesbürger rund 14 Mrd. DM für Urlaubs- und Erholungsreisen aus, 8 Mrd. DM davon im Ausland. Fast 1 Million reisten dabei in Entwicklungsländer. Jedes Jahr werden es mehr.

Auf diesem Faktum baut eine in bürgerlichen Kreisen weitverbreitete Ideologie auf, die besagt, der Tourismus sei für die betroffenen Länder eine „Hilfe“ und sogar „entwicklungsfördernde“ Devisenquelle.

Der ökonomische Effekt des Fremdenverkehrs scheint nach herrschender Ansicht offenkundig zu sein:

„Mit weniger Kapitaleinsatz als in anderen Branchen können neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die kein spezialisiertes Personal erfordern und hohe Nettodevisenerträge erwirtschaften.“

Zudem, so wird argumentiert, förderte der Fremdenverkehr die jeweilige Infrastruktur durch die Anlage von Verkehrseinrichtungen, Ausbildungsstätten, die Ankerbelager der lokalen Kleinindustrie etc.

Die Gastländer dürfen sich somit die Devisenerträge verdienen, die sie auf der anderen Seite aufgrund der diskriminierenden Handelsituation im int. Warenverkehr verlieren und so dringend benötigen. Daß bei den „Erfolgen“ des Tourismus die Gewinne weitgehend in den Taschen der westl. Unternehmen (Transport, Hotelkonzerne, Reiseorganisationen) bleiben, liegt auf der Hand.

Im int. Tourismus lassen sich fantastische Gewinne machen. Das zeigt sich auch daran, daß in den letzten Jahren in der BRD das organisierte Großkapital die Reisebranche an sich gerissen hat. (Die Kaufhauskonzerne Neckermann, Kaufhof, Quelle; NUR, ITS, Trans-europa; die Deutsche Bank über die Hapag-Lloyd im Hintergrund des größten Reisekonzerns TUI, der Touropa Scharnow, Hummel, Dr. Tigges, airtours etc. umfaßt).

Daß zudem diese Branche nicht so sehr mit dem Makel der Ausbeutung behaftet ist, hat dazu geführt, daß die mit „Entwicklungshilfe“ befaßten Institutionen kräftig Tourismus-Projekte mitfordern. Dementsprechend haben die Weltbank, die OECD und auch das Eppler-Ministerium Abteilungen für Tourismus-Förderung eingerichtet. (BRD 1969: 230 Mio DM)

Es ist jedoch die Frage zu stellen, ob den kurzfristigen Erfolgen nicht langfristige Nachteile für die betroffenen Länder gegenüberstehen. Schon heute ist eine ganze Anzahl

von Ländern z. B. (Spanien, Tunesien, Kenya etc.) in hohem Maß von diesen Einnahmen abhängig.

Jede Krise in den Metropolen kann sich damit in diesen Ländern potenzieren. Dazu kommt, daß die gepriesenen Infrastrukturmaßnahmen meist nur punktuell auf die Luxus-Oasen der Touristen ausgerichtet sind und oft eben nicht mit den entwicklungspolitischen Maßnahmen in den Ländern koordiniert werden können. Der Dienstleistungssektor wird aufgebläht; außerdem müssen noch Luxusgüter eingeführt werden etc. etc.

Weitere kritische Aspekte ergeben sich, wenn man die Auswirkungen des modernen Massentourismus auf die Erwartungsstruktur und das pol. Meinungsbild der Einheimischen und der Touristen selbst betrachtet:

Der Tourist erwartet Erholung, Sonne und exotischen Hintergrund (Stichwort: „malerische Armut“), wie er sie nach der hemmungslosen Illusionsmacherei der Kataloge zu konsumieren hat; sein Informationsstand über das besuchte Land und seine Probleme ist minimal; mangelnde Kontaktfähigkeit und -möglichkeit in den Luxus-Oasen führen zur Verfestigung vorgefertigter Urteile (z. B. Neger sind faul etc., die bräunlichen mal den Adolf...“ etc.)

dem Einheimischen wird eine oberflächlich-konsumorientierte Lebensweise als erstrebenswert vorgegaukelt (er hält den Gast und dessen Konsummöglichkeiten für repräsentativ), die er objektiv nicht erreichen kann. Bei der Rückkehr wird den „Erfahrungen“ des Touristen in seiner sozialen Umgebung besondere Beachtung geschenkt. Er wird somit zu einem wichtigen Multiplikator von Vorurteilen.

Hier einer der Ansätze für die praktische Arbeit der Projektgruppe. Ihr geht es darum:

1. die Gründe für und die Auswirkungen des Massentourismus zu analysieren, Materialien und papiers darüber zu erstellen.

2. politische Alternativ-Informationen darüber und über die betr. Länder und deren Stellung zur BRD (ökon. Beziehungen) zusammenzustellen und an bestimmte Zielgruppen zu verteilen. (Studentenreisegruppen, Reiseleiter als Multiplikatoren etc.)

Für Interessenten: jeden Dienstag 18 Uhr GB 04/145; sonst Telefon 70 24 90.



Durch die Tür hindurch erschossen

Fahrt zur Demonstration gegen die amerikanischen Verbrechen in Indochina — für den Sieg des kämpfenden vietnamesischen Volkes. Freitag, 8. Juli, Bonn. Busse bzw. Pkw am ASTA näheres auf Flugblättern.

AUSLESE-PROGRAMME! STUDIO: 15.30 — 18.00 — 20.30 Uhr 6. 7.: Schamoni's Deine Zärtlichkeiten 13. 7. Konferenz der Tiere (Zeichenrick) CAPITOL: 15.15 — 17.45 — 20.15 Uhr 6. 7.: Sinatra: Der Schnüffler 13. 7.: Bert Kennedy: Die Höllenhunde

# Linke Diskussion

## Produktivkraft Wissenschaft!

Fortsetzung aus Bochumer Studenten Zeitung Nummer 97

Dieses Auseinandergerissenwerden liegt natürlich nicht in dem Charakter der Wissenschaft selbst begründet, sondern in den Bedingungen, unter denen Wissenschaft in den gesellschaftlichen Produktionsprozess im Kapitalismus integriert wird. Denn ist Wissenschaft potentiell als Erweiterung von Erkenntnissen zur rationalen Regelung des Stoffwechsels mit der Natur auch Methode zur Erweiterung der freien Zeit zur schöpferischen Entfaltung menschlicher Individualität und gesellschaftlicher Kollektivität, so ist Wissenschaft zugleich auch den Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses unterworfen. Und diese Bedingungen können nicht nur, sondern stehen notwendigerweise in Konflikt mit den in der Steigerung gesellschaftlicher Produktivkraft überhaupt angelegten Potenzen. Wissenschaft kann demnach zwar der Entwicklung dienlich sein, gleichzeitig aber dem Fortschritt im Wege stehen; durch ihre Anwendung können u. U. die volkswirtschaftlichen Wachstumsraten gesteigert werden, gleichzeitig aber der gesellschaftliche Reichtum im Sinne der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse vermindert werden.

Die Wissenschaft wird dann angewendet, wenn sie zur Steigerung des Profits zumindest zeitweise dienlich ist und nicht, wenn sie den gesellschaftlichen Reichtum zu steigern vermag.

An einem Beispiel: Wissenschaft ist zwar in der Autoproduktion inkorporiert aber kaum angewendet zur Behebung der Umweltschäden durch die immer produktiver produzierten Autos. Als bloßes wissenschaftliches Resultat wird dieser ihr widersprüchlicher Charakter noch nicht sichtbar. Der Wissenschaftler kann noch von den Möglichkeiten träumen, die seine Erfindung der Menschheit eröffnet. Welche Chance bietet beispielsweise die Atomkraft, welche ein Fortschritt durch die erste Kernspaltung!

Aber erst in den Produktionsprozess des Einzelkapitals oder der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt integriert, kehrt sich der Doppelcharakter der wissenschaftlichen Resultate heraus: Sie wird zum Herrschaftsinstrument verkehrt. Die „Produktivkraft“ wird in eine „Destruktivkraft“ verkehrt und ihre Möglichkeiten zur Vergrößerung disponibler Zeit werden z. B. umgedreht zu Methoden der Verschärfung des Arbeitstempes und der nervösen Belastung („wissenschaftliche Betriebsführung“).

Wissenschaft an sich ist also weder Produktivkraft noch Destruktivkraft; sie wird beides erst im Prozess der Integration in kapitalistische Produktionsverhältnisse, wobei in zunehmendem Maße dieser Integrationsprozess nicht erst bei den vorliegenden Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit einsetzt, sondern im Produktionsprozess wissenschaftlicher Ergebnisse selbst. Hier zeigt sich sozusagen die Spitze des Eisbergs der Problematik der Indienstnahme der Wissenschaft durch das Kapital und ihrer Integration in den widersprüchlichen Zusammenhang kapitalistischer Produktion.

Wir wollen uns daher nun der Frage zuwenden, wie dieser Widerspruch in seinen verschiedenen Ausprägungen erscheint. Das Resultat wissenschaftlicher Arbeit ist genau wie die wissenschaftliche Arbeit selbst ein „geistiges“. Es ist nun ein „immaterielles Produkt“. Als immaterielles Produkt ist es im Gegensatz zu allen anderen materiellen Produkten nicht an einen materiellen Träger gebunden und insofern auch nicht mit der Begrenztheit der Verbreitung des materiellen Trägers in seiner Verbreitung begrenzt. Wissenschaftliche Resultate sind „Rezepte“, die, wenn sie erst einmal bekannt sind, überall angewendet werden können, vorausgesetzt die Produktivkräfte sind entsprechend entwickelt. Die Resultate wissenschaftlicher Arbeit „haben dauernde Wirkung: Die Forschungsergebnisse werden angewendet, jedoch niemals konsumiert.“

Diese Unterscheidung ist bei weitem keine Haarspalterei, denn sie führt zu der wesentlichen Schlussfolgerung, daß die Verdoppelung eines beliebigen Industriezweiges die Verdoppelung der Produktion ergibt, während die rein quantitative Verdoppelung der Entwicklungstätigkeit zwecklos wäre ... (Jánossy, 123). Zusätzlich läßt sich aber aus diesem Charakter des Resultats wissenschaftlicher Arbeit schließen, daß ihre Verwertung als Ware auf dem Markt erschwert oder gar verunmöglicht wird. Die in einer Ware verkörperte Technologie wird mit dem Konsum dieser Ware zugleich konsumiert. Die dieser Technologie zugrundeliegenden wissenschaftlichen Resultate jedoch werden mit diesem Konsumtionsprozess sicherlich nicht konsumiert sondern können in weiteren Produktionsprozessen immer wieder erneut verwendet werden. Mit dem Konsum einer Tüte Milch konsumiere ich nicht nur die Milch, sondern die Technologie der Herstellung von Plastiktüten sowie der Verpackung.

Die Technologien aber werden in einem solchen Konsumtionsakt nicht verbraucht, sondern können immer wieder angewendet werden; sie existieren nicht nur inkorporiert in der Milchtüte, sondern auch ganz unabhängig davon. Waren können auf dem Markt nur dann verkauft werden, wenn der Kapitalist über sie einen „Ausschließlichkeitsanspruch“ erheben kann. Wissenschaftliche Ergebnisse aber sind ihrer Natur nach niemals ausschließbar, können also auch nicht unmittelbar zur Ware dadurch

werden, daß sie bloß auf den Markt geführt werden. Sie müssen vorher einen Verwandlungsprozess durchmachen: sie müssen der ausschließlichen Verfügung eines Eigentümers unterworfen werden, sie müssen also monopolisiert werden. Dies ist die Funktion des Patentwesens, das erst dazu befähigt, wissenschaftliche Resultate verkaufen zu können und damit den Produktionsprozess wissenschaftlicher Ergebnisse unter Umständen rentabel zu machen.

Daraus folgt, daß nun selbst in einem Bereich, der sich von Natur aus der Monopolisierung widersetzt, bedingt durch die Monopolisierung Doppelarbeit, die dem gesellschaftlichen Reichtum nichts hinzufügt, zur Regel wird.

Es zeigt sich hier der im Kapitalismus allgemeine Widerspruch, daß wissenschaftliche Ergebnisse nur produziert werden, wenn ihre Anwendung bedingt durch die Monopolisierung sprich Patentierung nicht von vorneherein generalisiert wird. Und sie werden dann nicht produziert, wenn sie als wissenschaftliche Resultate nicht monopolisiert werden können. Das „Rezept“ muß also in seiner Anwendung begrenzt werden, um produziert zu werden; und es wird nicht produziert, wenn seine Anwendung unbegrenzt erfolgen könnte. Die Schlussfolgerung daraus: Die Produktion von wissenschaftlichen Resultaten ist in größerem Umfang privatkapitalistisch unmöglich. So wird heutzutage auch die große Masse wissenschaftlicher Tätigkeit staatlich finanziert.

Dieser Charakter wissenschaftlicher Arbeitsergebnisse hat Konsequenzen. Da wissenschaftliche Arbeit nicht von vorneherein warenproduzierende Tätigkeit sein kann, also auch nicht „von Natur aus“ der kapitalistischen Form des Produktionsprozesses unterworfen werden kann, impliziert gerade wissenschaftliche Tätigkeit heute, insbesondere wenn sie an Universitäten erfolgt, Freiräume, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft außergewöhnlich sind. Der wissenschaftliche Arbeiter ist im Vergleich zu übrigen Lohnarbeitern privilegiert.

Allerdings werden diese Freiräume in zunehmendem Maße eingengt im Zuge der technokratischen Reformen, die gerade so viel Freiräume für die wissenschaftliche Arbeit belassen, wie der Forscher zur optimalen und effizienten — oder wie „effizient“ übersetzt auf geistige Arbeit heute heißt: kreative Wirksamkeit braucht. Wie man einen Elektronenrechner in einen klimatisierten Raum stellt, so beläßt man den wissenschaftlichen Arbeitern gewisse Freiräume zur Entfaltung ihrer Potenzen. Aber all dies vollzieht sich auf der Grundlage der zunehmenden Integration auch der universitären wissenschaftlichen Arbeit in den Produktionsprozess des Kapitals.

Der Sinn der Anwendung wissenschaftlicher Resultate als „Rezepte“ zur Gestaltung der Produktivkräfte liegt darin, durch die Erhöhung der Produktivität der Arbeit gegenüber der Konkurrenz einen zeitlichen Vorsprung zu erzielen und in diesem Zeitraum Extraprofite herauszuschlagen. Leistungsvorsprünge des Produkts und Kostensenkungen bei der Produktion ermöglichen Preissenkungen gegenüber der Konkurrenz, Extraprofite („windfall profits“), die die Ursache für die Rentabilität wissenschaftlicher Forschung darstellen. Die möglichen Extraprofite aufgrund eines wissenschaftlich technischen Vorsprungs bestimmen daher den Preis dieser Resultate, nicht jedoch ihr Wert.“

„Das Produkt der geistigen Arbeit — die Wissenschaft — steht immer tief unter ihrem Wert, weil die Arbeitszeit, die nötig ist, um sie zu reproduzieren, in gar keinem Verhältnis steht zu der Arbeitszeit, die zu ihrer Originalproduktion erforderlich ist. Zum Beispiel den binomischen Lehrsatz kann ein Schüljunge in einer Stunde lernen.“ (Theorien über Mehrwert, I, S. 317).

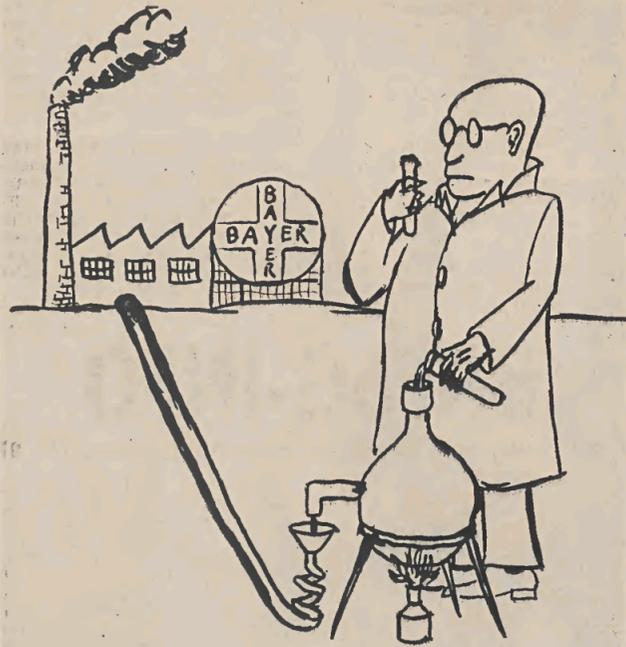
Aus diesem Zusammenhang erklärt sich auch die verbreitete Forderung des Kapitals nach einer wissenschaftlichen Arbeit, die möglichst „praxisbezogen“ ist, die möglichst schnell verwendbare Forschungsergebnisse liefert und die sich nicht erst langwierig mit kritischen Problemstellungen und Grundlagenproblemen herumschlägt, ohne in möglichst kurzer Zeit anwendbare

Produktionsmethoden und das heißt: kapitalistisch rentabel verwertbare Produktionsmethoden zu produzieren.

So restümiert Rainer Rilling (S. 29): Ein immer größerer Teil der gesamtgesellschaftlichen FE-Aufwendungen konzentriert sich auf den Bereich ökonomisch direkt verwertbarer FE, so daß die universitäre Forschung zum einen immer relativ bedeutungsloser wird, und zum anderen allmählich immer näher an den kapitalistischen Verwertungsprozess herangeführt wird.“

Dies wiederum bleibt für die Wissenschaft selbst nicht irrelevant. Durch die Hereinnahme in den kapitalistischen Produktionsprozess ändert sich ihr Charakter. Es ist interessant, wie sich dies beispielsweise in den Sozialwissenschaften spiegelt: Der kapitalistische Produktionsprozess ist zugleich Arbeits- und Verwertungsprozess.

Dies besagt, daß im Arbeitsprozess bestimmte technisch und organisatorisch vorgegebene Bedingungen eingehalten werden müssen, um überhaupt die Produktion zu ermöglichen. Zu diesen technischen und organisatorischen Bedingungen zählen ein bestimmtes Verhältnis von Arbeit und Produktionsmitteln in quantitativer Hinsicht, eine bestimmte Qualifikationsstruktur der Arbeiter, ein bestimmter technologischer Stand der Produktionsmittel, ein bestimmter Stand der ökonomischen Leitungstätigkeit, also all das, was in der Volkswirtschaftslehre als „Produktionsfaktoren“ bezeichnet wird. Ohne diese konkret zu beschreibenden Bedingungen kann — immer auf einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe — der Produktionsprozess nicht funktionieren; er findet entweder überhaupt nicht statt oder bei verringerter Effizienz.



... und jetzt

Der Verwertungsprozess aber impliziert etwas anderes, das mit dieser „Technostruktur“, wie Galbraith es nennt, nicht zusammenfällt. Denn vom Kapitalisten werden die Produktionsbedingungen als Kapital vorgeschossen, auf das er einen Profit zu erzielen bemüht ist. Ohne Profit werden auch die im technischen und organisatorischen Sinne komplementären Produktionsfaktoren nicht zu Produktion eingesetzt werden. Die Mittel des Arbeitsprozesses werden nur in Bewegung gesetzt, wenn ihr Zweck, die Erzielung von Profit erzielt werden kann. Die Wissenschaften nun, die sich in technischen und organisatorischen Fortschritt umsetzen lassen bzw. zur Integrierung und Disziplinierung der Arbeitskräfte angewendet werden können, dienen nun nicht bloß technischer Effizienz, verhalten sich nicht bloß dem „Fortschritt“ zum Durchbruch, sind also nicht „unschuldig“. Wissenschaft im Kapitalismus ist immer auch Methode zur Verwertung von Kapital.

Und diejenigen Wissenschaften, die dazu nichts oder nur wenig beizutragen vermögen, oder die sich gar als kritische auch in dem Sinne begreifen, die „Produktions- und Sachzwänge“ als kapitalistische

Herrschaftsformen und -ideologien zu entlarven, führen daher im hochentwickelten Kapitalismus ein eher randständig Dasein oder werden als „Gesellschaftstheologie“ verunglimpft. Aber durch nichts wird dem seine Situation reflektierenden wissenschaftlichen Arbeiter kapitalistische Herrschaft, wie sie in den wissenschaftlichen Arbeitsprozess bis in die Bestimmung von Forschungsgegenstand und -methoden hineinragt, deutlicher gemacht.

Die angeschnittene Problematik erschöpft sich darin aber nicht. Denn die modernen Wissenschaften, die ihrem Selbstverständnis nach jeder „Ideologisierung“ abhold sind, die nur noch diejenigen Begriffe zu verwenden wagen, die sie auch zu operationalisieren vermögen, die also die komplexe und paradoxe Realität auf das ihnen zur Verfügung stehende Instrumentarium reduzieren, sind zwar in der Lage, im Sinne von Effizienz Wichtiges hinzuzusteuern. Sie untersuchen die ökonomischen, technischen, natürlichen Bedingungen für das Funktionieren bestimmter Systeme und formulieren daraus Anweisungen für verbesserte Manipulation dieser Systeme im Interesse einer vorgegebenen „Zielfunktion“, die selbst nicht mehr reflektiert wird. „Sachzwang“, „Systemzwang“, „Funktionsbedingungen“ werden in diesem Kontext zu den Topoi insbesondere der Sozialwissenschaften, mit denen ihre begrenzte Einsicht abgesichert wird.

Aber infolge des Zusammenfalls von gleichsam indifferentem Arbeitsprozess und kapitalistischem Verwertungsprozess bedeutet jede Reduzierung der Fragestellungen der Sozialwissenschaften auf die indifferenten Momente des Funktionserens von gesellschaftlichen, ökonomischen, personenspezifischen Systemen und Subsystemen die Eliminierung eines relevanten Sachverhalts und damit notwendig die „Halbierung der Wissenschaft“, wie Habermas allerdings mit anderer und wie ich meine, falscher Begründung Hans Albert im Positivismusstreit vorgeworfen hat.

Die Aufrechterhaltung des kritischen Anspruchs, beide Seiten gesellschaftlicher Totalität, den Arbeits- und Verwertungsprozess zu analysieren, kann sich auf die in dieser Hinsicht unveränderte Struktur kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse berufen.

Der „positivistisch halbierte Rationalismus“ dagegen, der die Verwertungsbedingungen des Kapitals als Herrschaftsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft kategorial nicht mehr fassen kann und sich folglich auf den begrifflichen Unsinn der „Industriegesellschaft“ zurückziehen gezwungen ist und damit gerade einer Ideologisierung Vorschub leistet, die die gesamte Gesellschaft überwuchert und auch ihm selbst als ihn beherrschende Macht gegenübertritt und der sich nun in unkräftiger Rationalisierung weismacht, sie auch gar nicht



Der Wissenschaftler einst ...

stehen.

Wir haben jetzt über das Verhältnis von Wissenschaft und kapitalistischem Verwertungsprozess gesprochen und die Problematik der „Wissenschaft als Produktivkraft“ diskutiert; wir müssen uns abschließend noch die Frage vorlegen, wie nun das offensichtliche Eingreifen des Staates in Form der Wissenschafts- und Bildungspolitik, die ja heute eine weit ausgeprägtere Bedeutung hat als noch vor wenigen Jahrzehnten, zu erklären ist.

Die Rolle des Staates ist dabei eine widersprüchliche, die sich aus dem Doppelcharakter des Produktionsprozesses erklären läßt. Der Staat muß nämlich zugleich die Bedingungen des Arbeitsprozesses gewährleisten, wenn dies einzelkapitalistisch nicht mehr möglich ist, da es unrentabel wäre. Er muß also den objektiven Naturnotwendigkeiten der Produktion Rechnung tragen. Er muß dafür sorgen, daß die in die Produktion eintretenden Arbeiter die notwendige Mindestqualifikation haben und die Produktionsmittel den im Rahmen internationaler Konkurrenz angemessenen technologischen Stand erreicht haben. Er ist zu diesem Eingreifen als „ideeller Gesamtkapitalist“ quasi verpflichtet, um die gesellschaftliche Reproduktion gerade auch unter den Aspekten internationaler Konkurrenz zu sichern.

Andererseits ist der Produktionsprozess nicht nur Arbeitsprozess sondern Verwertungsprozess. Der Staat kommt folglich den Notwendigkeiten des Arbeitsprozesses auch nur deshalb nach, um den Arbeitsprozess als Mittel für den Verwertungsprozess zu erhalten. Und gerade hier liegt das Dilemma staatlicher Politik. Die Kosten, die Bildungs-, Wissenschafts- und vor allem Sozialpolitik verursachen, drücken auf die Verwertung des Kapitals; sie sind unproduktiv, verteuern die Ware Arbeitskraft und beeinflussen negativ die Profitrate. Die Notwendigkeiten staatlicher Eingriffe sind in Grenzen gebannt, die von der bürgerlichen Ökonomie als „Begrenztheit der finanziellen Ressourcen“, als Notwendigkeit, mit ihnen zu haushalten, eingeführt und als nicht hinterfragte verwendet werden.

So entsteht neben der Makroökonomie die Mikroökonomie des Bildungswesens, mit dem erklärten Zweck, in diesen Grenzen den Spielraum möglichst effizient auszunutzen. So ist gerade auch die „Kompressionstendenz“ des Ausbildungssektors durch technokratische Schul- und Hochschulreform durch diese Grenzen, die vom Verwertungsprozess und durch die Notwendigkeiten, die der Arbeitsprozess definiert, gesetzt sind, eine Maßnahme, um möglichst viel an Qualifikationen und wissenschaftlichen Resultaten herauszuholen, ohne die Verwertung des Kapitals durch zu hohe Mittel im unproduktiven Sektor zu verschlechtern. Daß dies nicht ohne Brutalität abgeht, versteht sich.

Wenn auch die Staatseingriffe auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte notwendig werden, so doch nicht als logische und natürliche Schlussfolgerung der Entwicklung. Vielmehr zeigt sich hier exemplarisch deutlich, daß den objektiven Notwendigkeiten im Kapitalismus nicht von selbst stattgegeben wird, sondern immer erst, wenn diese Notwendigkeiten dem Kapital von außen aufgehehrt werden, wie Marx diese Prozesse kennzeichnete. So entstand Wissenschafts- und Bildungspolitik in den

USA eigentlich erst im Gefolge des „Sputnik-shocks“ (vgl. Hüfner); so wurde in Westdeutschland Wissenschafts- und Bildungspolitik erst aktiviert, als dem Kapital in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufgeherrscht wurde, daß es hoffnungslos zurückfallen würde ohne eine intensivere Bildungspolitik der Qualifizierung des Gesamtarbeiters und der Produktion wissenschaftlicher Resultate.

Gerade auch hier im internationalen Rahmen gilt das Prinzip der Jagd nach Extraprofiten, die durch technologischen Vorsprung zeitweise erzielt werden können. Die „technologische Lücke“ ist also ökonomisch insofern relevant, als das westeuropäische Kapital zu Anstrengungen gezwungen wird, die auf Grund der technologischen Überlegenheit erzielten Extraprofite des US-Kapitals einzuholen.

Auch hier wurde die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe von Außen, durch die Konkurrenz aufgehehrt, wobei sich innerhalb der Fraktionen des Kapitals Unterschiede zeigen, wie diesen äußerlichen Notwendigkeiten Rechnung getragen werden soll: Die Differenzen bestehen folglich nicht in dem „ob“, sondern in dem „wie“ auf der Basis grundsätzlicher Anerkennung kapitalistischer Verwertungswege.

Hier dokumentiert sich wieder überdeutlich, daß Wissenschaft als solche keine Produktivkraft ist, sondern erst in den subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen inkorporierte. Daß Wissenschaft nicht mehr als Gratisproduktivkraft einfach zur Verfügung steht, macht die Problematik der Wissenschaftspolitik aus, in der jetzt die kapitalistischen Widersprüche selbst zum Tragen kommen.

Und dies ragt weiter in die Wissenschaftsprozesse selbst hinein. So stellt sich die Vermittlung von kapitalistischer Verwertung und Wissenschaft als indirekte, aber nichtsdestoweniger äußerst wirksame dar, wie die derzeitige Enthüllung über Rüstungsforschungen an Universitäten, die Überwucherung aller Rationalität mit positivistischer Scheinrationalität, die Schürregelung der universitären und schulischen Ausbildung durch die technokratischen „Reformbestrebungen“ anzeigt.

Dieser Beitrag wurde entnommen aus: Altvater/Huisken, Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971, Verlag Politladen GmbH, S. 349 ff.

SPiegel 24/72 (Titel: BAADER) für Archiv gesucht. Bitte im AstA (Baracke 1, Zimmer 17) abgeben.

**1 stud. Hilfskraftstelle**  
(100 Std. pro Monat) ist beim Vorstand der ASSISTENTENSCHAFT ab 1. 8. 72 neu zu besetzen. Bewerber melden sich bitte im Geschäftszimmer IC 03/402, möglichst bis zum 11. Juli

**Buchbinderarbeiten gut, preiswert und schnell**  
**Buchbindermeister C.-L. HEBLER Bochum-Querenburg**  
Sauerbruchstraße 29 Telefon 70 10 27  
Hedwigstraße 5 Telefon 6 03 50



# Fachschafts- nachrichtlichen Schreiber Dekan

In der Fakultätssitzung am 28. 6. 72 ist mit nur 8 Stimmen gegen die geschlossene Stimmenthaltung aller Assistenten- und Studentenvertreter sowie die eines Professors Johannes Schreiber zum neuen Dekan der Abteilung ev. Theologie gewählt worden. Im Anschluß an die Wahl verlas ein Vertreter der Fachschaft eine längere Erklärung, die auch ins Protokoll aufgenommen werden wird:

„Am 28. 6. 1972 werden die Professoren der Abt. I Johannes Schreiber zu ihrem neuen Dekan bestimmen. Gegen diesen Schritt hat bereits die überwältigende Mehrheit einer Fachschaftsvollversammlung im Mai protestiert.  
In der nachfolgenden Erklärung versuchen Mitglieder des Fachschaftsrates noch einmal eine Einordnung dieser Maßnahme in die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sowie das Aufzeigen einer Kampfperspektive:

## 1. Wer ist Johannes Schreiber?

Schreiber ist nicht einer jener politisch ziemlich farblosen Personen wie Wolf, Tetz und Bouman. Er ist ein Vertreter des aktiven Klassenkampfes von oben. Zahlreich sind seine restriktiven Sondervoten zur Abteilungssatzung sowie seine persönlichen Erklärungen. Schon am 19. 5. 70 schrieb er in einem Brief: „In einer Atmosphäre der Beleidigungen, Drohungen und Gewalttätigkeiten müßte ich meine Mitarbeit bei Fakultätssitzungen einstellen.“

Am 7. 2. 72 forderte er: „Fakultätsmitglieder, die bewußt und absichtlich die Zusammenarbeit mißachten, sind auszuschließen,“ und wendet sich gegen die „Wegbereitung von chaotischen Verhältnissen“. In einer weiteren Verlautbarung im Januar 72 beklagt er die „Persönlichen Angriffe und Diffamierungen“.

## 2. Wer unterdrückt denn wen?

Angesichts solcher Zitate könnte der Eindruck entstehen, der arme Johannes Schreiber stehe unter der dauernden Unterdrückung durch fortschrittliche Studenten. Nun, jeder, der die derzeitige politische Situation in der BRD auch nur oberflächlich kennt, wird wissen: angesichts der aufstrebenden Klassenkämpfe hat die herrschende Kapitalistenklasse mit einer umfassenden Unterdrückungsmaßnahmen begonnen:

Am 28. 1. 72 verhängten die Innenminister ein Berufsverbot gegen Sozialisten und Kommunisten, am 23. 6. verabschiedeten alle Parteien des Bonner Bundestages das Bundesgrenzschutzgesetz, das Bundesverfassungsschutzänderungsgesetz, Gesetz zur Vorbeugehaft, Gesetz zum Demonstrationsverbot beim olympischen Spektakel. Am 16. 6. wurden in Bochum 12 Angehörige eines Lehrlingskollektivs und einer politischen Buchhandlung unter fadenscheinigsten Vorwänden ohne Durchsuchungsbefehl und Zeugen verhaftet, getreten und erkenntnisdienstlich festgestellt. 3 Tage später arretierte die Polizei 4 Ge-

nossen der Projektgruppe Brelohstraße.

Was für eine „Atmosphäre der Gewalttätigkeit“ ist das denn, in der der NRW-Innenminister Weyer vermerkt, daß sich die Bevölkerung an die mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten gewöhnen müsse wie ans Steuerzahlen, in der am 25. 6. der Schotte Ian MacLeod durch 2 Schüsse von hinten durch die verschlossene Tür ermordet wird; früher wurden nachweislich von hinten Petra Schelm und Georg von Rauch erschossen.

Was sagt denn Schreiber zu der Polizeirazzia gegen die sog. Belgierobdachlosensiedlung in Kassel, gegen den Polizeieinsatz gegen streikende Chemiarbeiter, was sagt er denn gegen das Ausschlußverfahren gegen fortschrittliche Kollegen bei Opel, die auf einer gewerkschaftsoppositionellen Liste kandidiert haben und dabei bei den Betriebsratswahlen 2000 Stimmen erbringen konnten.

Wo sind denn Schreibers Kommentare zu den Morden der britischen Besatzer am 30. 1. 72 in Derry an 13 friedlich demonstrierenden Menschen, gegen die Terrorurteile der faschistischen Justiz in Spanien, Griechenland, Persien, Brasilien und der Türkei, zu den Napalmbombardements an der Zivilbevölkerung von Kambodscha, Laos, Vietnam, Mozambique und Palästina?

Und was schließlich — um auf diese Abteilung zurückzukommen — sind die Erklärungen des gewiß nicht auf den Mund gefallenen Johannes Schreiber zu den ungläublichen Mauseheleien bei der Besetzung des Lehrstuhls für christliche Gesellschaftslehre, zu der ungeheuren Verschwendung von Geldern, die nachweislich nicht der arbeitenden Bevölkerung, die die Werte schafft, zugute kommen, wie Siegfried Herrmanns goldumrandete 5000-DM-Bücher.

Was hat denn Schreiber, der fast zu jedem Flugblatt hier, zu jeder Aktion eine eigene Verlautbarung herausgibt, zu der Verschleierung von Herrschaftsverhältnissen durch seine Kollegen zu bemerken, wenn etwa der jetzige Dekan Wolf 1952 in einem Aufsatz die Arbeitslosigkeit aus der „Sündhaftigkeit des Menschen“ erklärt (dann gäbe es zumindest 600 Mill. sündlose Chinesen, denn dort beträgt die Arbeitslosenquote 0 Prozent!) oder wenn Heinrich Greeven die Schlechterstellung der Frau mit „natürlichen Unterschieden“ umschreibt?

Weiter: Was war seiner Meinung nach der „Sinn des Lebens“ (um einmal eine der beliebtesten theologischen Fragen zu stellen) für jene 5000 Menschen, die pro Jahr bei Arbeitsunfällen der Produktions-

hetze zum Opfer fallen, für jene 12000, die jährlich in der BRD Selbstmord begehen, weil sie keinen Ausweg aus ihrem elenden Dasein mehr sehen; was ist z. B. der Sinn des Lebens für die 5 Mill. Rentner, die von weniger als 350 Mark im Monat leben müssen.

Zu all diesen Dingen — zu dem offenen oder versteckten Terror in der BRD oder sonst irgendwo in der Welt hat Johannes Schreiber sehr, sehr wenig zu sagen.

Worüber er sich häufig und ausführlich aufregt, sind die berechtigten Aktionen und Veröffentlichungen der fortschrittlichen Studenten, die sich unter anderem Berufsmauseheleien hinter verschlossenen Türen nicht länger gefallen lassen und dafür eintreten, daß bei der hiesigen Ausbildung nicht massenhaft irgendwelche intellektuellen Spitzfindigkeiten diskutiert werden, sondern daß die vitalen und längerfristigen Interessen der Mehrheit des Volkes, der Arbeiterklasse, berücksichtigt werden. Das ist die Ideologie eines Reaktionärs: Worüber er sich aufregt, sind die berechtigten Forderungen fortschrittlicher Menschen, worüber er schweigt, ist der unterdrückende Terror in aller Welt.

Es ist daher die größte Selbstverständlichkeit, wenn wir uns nicht an seiner Kürungszeremonie, die dann auch noch in totaler Verkennung der Tatsache, daß Schreiber bereits seit seiner Berufung als Dekan nach Wolf feststand, „Wahl“ genannt wird, nicht beteiligen. Wir sind uns im klaren, daß, sobald Schreiber Dekan ist, er seinen Worten auch Taten folgen lassen wird (schon im vorletzten Semester beauftragte er Hiwis mit der Bespielung der Roten Zelle), doch:

## 3. Wo Unterdrückung herrscht, gibt es Widerstand

So wie dem Terror der US-Imperialisten in Vietnam der mutige Kampf des vietnamesischen Volkes gegenübersteht, lehnen sich in aller Welt Menschen gegen ihre Unterdrücker auf: Sie greifen selbst zu den Waffen, besetzen Häuser und Fabriken, demonstrieren. In dem Kommuniqué von Shanghai anlässlich des Nixon-Besuches in China vom 27. 2. steht deshalb: „Wo immer Unterdrückung herrscht, dort gibt es Widerstand, Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, das ist zu einer

unaufhaltsamen Strömung der Geschichte geworden.“

Diese wissenschaftliche These der chinesischen Genossen wird Tag für Tag durch die aufstrebenden Kämpfe unterdrückter Völker und fortschrittlicher Menschen bestätigt. Seien es die Völker von Laos, Kambodscha, Vietnam, Angola, Mozambique oder des Südarabischen Golfes, seien es die Werftarbeiter von Glasgow und Gdansk, seien es die Hausfrauen in Belfast und Derry, die Arbeiter bei Renault, aber auch die bei Opel, die Bewohner der Brehlohstraße, seien es die Rote Punkt-Aktionen oder die Häuserbesetzungen: was für die Welt gilt, gilt auch für die BRD, gilt auch für die Uni. Auch wenn Leute wie Schreiber weiterhin das herannahende Chaos beklagen, werden hier weiter fortschrittliche Studenten gegen das Berufsverbot für Marxisten, gegen eine volksfeindliche Ausbildung, gegen Berufsmauseheleien, gegen die bürgerliche Ideologie kämpfen, sie werden gegen den Polizeiterror demonstrieren und sich mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk durch Geldspenden und Demonstrationen solidarisieren.

Sie werden an der Seite der Arbeiterklasse weiterkämpfen, bis dieser Kapitalistenstaat, der zwei Weltkriege auslöste, der täglich der Mehrheit der Bevölkerung die Werte ihrer Arbeit vorenthält, verschwunden ist. Die Geschichte lehrt, daß uns dabei Reaktionäre wie Schreiber kein Hindernis sein können: Die Revolution in Albanien (1945) fand unter Bedingungen der faschistischen Besatzung und der totalen Illegalität der kommunistischen Partei statt, die chinesische Revolution siegte gegen das faschistische Kuomintang-Regime, die Oktoberrevolution gegen die reaktionärsten Machthaber in Moskau und Leningrad.

Gerade der Mord an dem Studenten Benno Ohnesorg wurde für fortschrittliche Studenten der Grund für eine Radikalisierung und Organisierung und der politische Prozeß gegen ehemalige Redakteure der BSZ im Mai 72 wurde zum Tribunal gegen Richter und Staat umgekehrt.

Nein, wir werden keine großen Jammertiraden anstimmen, wenn der Reaktionsär Johannes Schreiber Dekan dieser Abteilung wird. Wir wissen, daß sich gegen ihn bereits das Mißtrauen der Mehrheit der Studenten richtet, und daß andererseits auf ihn die Hoffnungen seiner Gesinnungsgenossen Hornig, Gräbe, Reventlow ruhen. Doch wie hat Mao Tse Tung so schön formuliert:

„ALLE REAKTIONÄRE SIND PAPIERTIGER. DEM AUSSEHEN NACH SIND SIE FURCHTERREGEND, ABER IN WIRKLICHKEIT SIND SIE GAR NICHT SO MÄCHTIG. AUF LANGE SICHT HABEN NICHT DIE REAKTIONÄRE, SONDERN HAT DAS VOLK EINE WIRKLICH GROSSE MACHT.“  
Fachschaftsrat Ev. Theologie

# Erfolg mit Kofler!

Nach semesterlangen Bemühungen ist es der Fachschaft SoWi gegen den Widerstand des harten Kerns der Fakultät um Papalekas gelungen, Prof. Dr. Leo Kofler für einen Lehrauftrag nach Bochum zu holen.

Die Bedeutung Koflers soll mit einem Zitat von Günter Maschke kurz zitiert werden:

„... Leo Kofler ist nahezu mit einem Tabu belegt worden... Dies stimmt um so verwunderlicher, als Kofler unter den älteren Autoren Westdeutschlands als einziger den Titel eines marxistischen Gesellschaftstheoretikers für sich in Anspruch nehmen kann. (W. Abendroth ist eher als politischer Publizist denn als Theoretiker einzustufen und W. Hofmann hat sich fast ausschließlich auf ökonomische Probleme konzentriert)“ (1)

Die eminente theoretische Wirksamkeit seiner umfangreichen methodologischen wie soziologischen Schriften veranlassen selbst den gefährlichen, weil geschickt den reaktionären Gehalt der bürgerlich-liberalen Politiktheorie verschleiernenden Bernard Willms, zu konstatieren:

„Zentral für die Vermittlung der marxistischen Klassik in der Gegenwart bleibt Georg Lukacs, neben dem neuerdings auch wieder Karl Korsch gelesen wird sowie, immer noch zu wenig beachtet, Leo Kofler.“ (2)

In Koflers Vorlesung: „Theorie des Staates und der Gesellschaft der Gegenwart“ war der Vorlesungsraum HGC 40 fast jeden Donnerstag überfüllt, und das, obwohl wegen der hinausgezögerten Entscheidung über seinen Lehrauftrag die Vorlesung nicht mehr ins Vorlesungsverzeichnis aufgenommen werden konnte.

Die Vorlesung, die inhaltlich an dieser Stelle nicht zusammengefaßt werden kann, zeichnet sich u. a. durch die didaktische Fähigkeit Koflers aus, komplizierte Probleme der marxistischen Theorie durch einfache, jedoch in verblüffender Weise den Kern treffende Beispiele, zu verdeutlichen.

So ist es zu erklären, daß auch Anfänger dieser Vorlesung, die die Ableitung ideologischer Phänomene aus der Ökonomie eigentlich voraussetzt, sie jedoch immer wieder prägnant zusammenfaßt, den Vorzug vor anderen geben und ihr mit Begeisterung — auch in der Diskussion — folgen.

Für das nächste Semester hat die Fachschaft SoWi mit der Hilfe Prof. Jaeggis wiederum einen Lehrauftrag für Kofler erkämpfen können.

Die Vorlesung mit Diskussion und begleitenden Referaten wird den Titel „Einführung in die soziologische Anthropologie“ haben und die bisher spärliche und blamable marxistische Diskussion um die anthropologische Erkenntnistheorie ein Stück vorantreiben; dafür ist die neue theoretische Ebene, die Kofler in seiner Literatur geöffnet hat, Garant genug.

Interessant dürfte in diesem Zusammenhang die Erklärung des Aggressionsproblems auf der Grundlage einer marxistischen Anthropologie sein, die beweist, daß gerade diesem scheinbar lediglich psychologischen Phänomen nur mit der marxistischen Methodologie sein realer politischer und sozialistischer Gehalt zugewiesen werden kann.

Die Vorlesung, die donnerstags von 10—12 Uhr in HZO 70 stattfindet, wird von den Spartakisten wohl genauso unbeachtet bleiben, wie die noch laufende, denn ein aufrichtiger Marxist, der 1950 (!) unter öffentlicher Kritik aus der SED ausgetreten ist, hat für sie wohl kaum mehr Bedeutung als für R. O. Gropp, den philosophischen Lakai des früheren Ulbricht-Regimes (3)

1) Günter Maschke, Gesellschaftlicher Fortschritt und die Irrationalität der Geschichte — Bemerkungen zum Werk Leo Koflers, in: Leo Kofler, Zur Dialektik der Kultur, Frankfurt 1972, S. 7, MaKol Verlag.  
2) B. Willms, Marxismus — Wissenschaft — Universität, Zwölf Thesen, Düsseldorf 1971, S. 59.  
3) Siehe seinen Artikel in der „Einheit“ 5/1950, „Kofler — ein ideologischer Scheitling“



## An den Allgemeinen Studentenausschuß ASTa Universität Bochum 463 Bochum Lennershofstraße

Sehr geehrte Herren!

Trotz meines Antrags, Herrn Jägersberg die Benzinkosten für die achtmalige Fahrt (acht Vorlesungen) vom Hbf. Bochum zur Universität, von hier nach Recklinghausen und zurück nach Bochum zu erstatten — die Fahrt nach Recklinghausen ergab sich aus dem Umstand, daß ich nach der Vorlesung wegen einer weiteren Verpflichtung dahin eilen mußte —, hat mir die Verwaltung nur die Reisekosten Köln-Bochum und zurück 2. Klasse bewilligt. Ich bin nicht in der Lage, die Ausgaben von Herrn Jägersberg aus eigener Tasche zu begleichen, da ich ein Honorar von sage und schreibe DM 160,— pro Vorlesungsmonat erhalte (wovon noch DM 40,— für Steuern abgezogen werden).

Als vor etwa zwei Jahren die Rede davon war, mich zu Vorlesungen einzuladen, wollte mich der ASTa honorieren. Dies ist infolge einer anderweitigen Regelung überflüssig geworden. Ich bitte in Erwägung zu ziehen, ob der ASTa nicht in der Lage wäre, Herrn Jägersberg einen Pauschalbetrag für seine Ausgaben zu bewilligen. Seine Anschrift lautet: Ulrich Jägersberg, Bochum, Ökumenisches Studentenheim, Girondelle 78.

Ich bitte mich wissen zu lassen, wie Sie entschieden haben.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Kofler



VERLAG

## Reihe: Gewerkschaften

Band 1  
Kommunismus und kommunistische Gewerkschaften  
Arthur Rosenberg DM 1,50

Band 2  
K. Korsch - S. Schwarz  
Rote Gewerkschaftsinternationale  
Marxismus und die Gewerkschaftsfrage DM 3,20

Band 6  
Die deutschen Gewerkschaften  
Ihre Geschichte und politische Funktion  
Wolfgang Abendroth DM 4,—

Im Vertrieb: Das Werk über „Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921“, Oskar Anweiler, 368 Seiten ist eines der wichtigsten Grundlagentexte für das Studium der russischen Revolution. DM 12,—

N. Lenin - G. Sinowjew  
Gegen den Strom  
Aufsätze aus den Jahren 1914—1916  
620 Seiten Sonderpreis: statt 15,— jetzt nur DM 10,—

Kollektiv-Verlag, 1 Berlin 44, Rollbergstraße 67 — Bank für Handel und Industrie, Konto-Nr. 520288/01 (m. Höpfer) PSK der Bank Nr. 40 0000

# Magisterordnung der Abteilung VIII

Der aufmerksame BSZ-Leser wird sich vielleicht noch an den neulich erschienenen Artikel zur Magisterprüfungsordnung in der Abt. f. Sozialwissenschaft erinnern.

Es ging darum, daß ausländische und deutsche Kommilitonen seit Jahren auf den M.A.-Abschluß warten, der an anderen sozialwissenschaftlichen Fakultäten seit langem eingeführt und besonders für Studenten aus der 3. Welt quasi lebenswichtig ist, weil das deutsche Diplom im Ausland wenig gilt, der M.A. hingegen international anerkannt wird.

Nach erheblichen Schwierigkeiten, Widerständen und Verzögerungen seitens der Profs gelang es dann vor einem Jahr (!), eine M.A.-Ordnung für die Abt. 8 durch die universitären Gremien zu boxen, so daß sie schließlich dem Wissenschaftsminister zur Genehmigung vorgelegt werden konnte.

Dort tat sich in dieser Sache monatelang nichts mehr; Dekanat, Prüfungsamt und Studentenschaft wurden mit tröstenden Worten hingehalten.

Schließlich platze den ausländischen Kommilitonen und dem FR der Krage: die Ausländer beschlossen, am 3. Juli in den Hungerstreik zu treten, um das Ministerium endlich zum Handeln zu zwingen.

Dieses Vorhaben wurde auf der letzten Sowi-VV von allen anwe-

senden Studenten begrüßt, woraufhin vom FR das Dekanat und das Ministerium von der geplanten Aktion unterrichtet wurde.

Und siehe da: plötzlich kam die Sache in Gang! Wenige Tage später, gerade als die Lokalpresse von dem Schlendrian des Ministeriums (oder war es bewußte Verschleppung?) Kenntnis erhalten hatte, trudelte die genehmigte Magisterordnung in der Universität ein.

Welch sonderbarer Zufall... Auch an diesem Beispiel wird deutlich, daß selbst die abteilungsspezifischen Entscheidungen bürokratisch immer stärker beeinflußt werden; die Konfrontationsebene verlagert sich zunehmend von internen Universitätsgremien auf die Ministerialbürokratie.

Daher sollten alle diejenigen, die auf progressive Abteilungsstrukturen in der RUB hoffen bzw. dafür kämpfen, diese Entscheidungsverlagerungen, die in Zusammenhang mit der beschleunigten Ausmerzungen der universitären Selbstverwaltung durch Kapital und Verwaltung zu sehen sind (vgl. auch die drohende Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft!), im Auge behalten!

FR-Sowi

# BAFÖG-INFO

Fortsetzung von Bochumer Studenten Zeitung Nr. 97

## widerspruch:

gegen jeden unbefriedigenden bafög-bescheid kann binnen 4 wochen widerspruch beim afa eingereicht werden. es ist sinnvoll, diesen widerspruch zu begründen. in vielen fällen ist eine vorhergehende beratung (z. b. in der asta-sozialberatung) zu empfehlen. gegen widerspruchsbescheide kann auf dem ordentlichen verwaltungsgerichtsweg vorgegangen werden.

## wohngeld:

bafög-empfänger erhalten grundsätzlich kein wohngeld nach dem bundeswohngeldgesetz. laut bafög (§ 13) sind im stipendium für den studenten mit eigenem haushalt 120 dm wohngeld enthalten (wo?!). siehe dazu im einzelnen die entsprechenden aushänge in den baracken 1 und 5 (bafög-mitteilung nr. 17).

für miete, die nachweislich 120 dm übersteigt, kann auf einem formblatt ein bafög-zuschuß beantragt werden, der 75 prozent des die 120 dm überschreitenden betrages, maximal jedoch 45 dm ausmacht. (ein irrsinnig kämpferischer schlag der bundesregierung gegen grundeigentum und mietenterror!)

## zahlweise:

förderungsgelder werden monatlich im voraus auf ein vom antragsteller anzugebendes konto überwiesen. das afa bittet aus gegebenem anlaß dringend darum, im interesse einer kontinuierlichen zahlung nicht unbedingt erforderliche kontenänderungen zu unterlassen. zur auszahlungsbürokratie: die

überweisungen werden von den computern des statistischen landesamtes in düsseldorf vorgenommen. die fehlerquote ist groß. dadurch werden erhebliche auszahlungsverzögerungen verursacht: bis jeweils zum 10. eines monats müssen die angaben der einzelnen afas in düsseldorf sein. sie werden dort programmiert. wenn ein fehler unterläuft, wird er frühestens beim ausbleiben des stipendiums vom antragsteller bemerkt. der antragsteller wartet i. d. regel ca. 14 tage ab, bevor er sich beim afa beschwert. das afa teilt die beschwerde dem statistischen landesamt mit, in der regel nach dem 10. des neuen monats. ein beispiel: im oktober wird ein förderungsantrag gestellt. wegen des massenandrangs kommt das afa erst mitte november zur bearbeitung. früheste auszahlungsmöglichkeit ist ende dezember: die überweisung ist fehlgeleitet. der antragsteller beschwert sich beim afa mitte januar. weiterleitung nach düsseldorf. tatsächliche auszahlung: ende februar!

## zweiter bildungsweg:

(familienunabhängige förderung) studierende des zweiten bildungsweges erhalten stipendien nach maßgabe des gesetzes grundsätzlich ohne verzicht auf die anrechnung des elterlichen einkommens.

## zweitstudium:

zweitstudien können nach individueller entscheidung gefördert werden. förderung kann dabei je nach lage des falles als stipendium oder darlehen gewährt werden. das elterliche einkommen ist dabei grundsätzlich anzurechnen.



LESERBRIEF

Prof. Dr. G. Ewald
An die
Redaktion der Bochumer Studentenzeitung (BSZ)
Betr.: Artikel für die nächste Nummer der BSZ.

SAG-Plattheiten

Die rege Phantasie der SAG ist zwar bewundernswert. Dennoch scheint es ratsam, einige ihrer Köpfe in das kalte Wasser der Wahrheit zu tauchen.

1. Die „SAG-Wahlplattform“ vom 22. 6. schreibt über meine Tätigkeit im UP: „Besonders infam war der Versuch von Ewald und Marionetten, durch Änderung der Sozialbeitragsordnung der verfaßten Studentenschaft die Mittel zu entziehen.“

2. Im SAG-„Mathematik-Fachschäftsblättchen“ (MFB) steht (teilweise abgeschrieben von der SAG-Wahlplattform) über die Studentenschaft in Deutschland (SMD), der ich in den 50er Jahren als Student angehörte: „So gelang es der SMD in allen Hochschulorten, Neubauwohnungen für Studenten zu besorgen.“

3. Über den „Kohlenkellerklub“ (KKK) heißt es in der SAG-Wahlplattform: „Ewald ... nutzte die kommunikationsfeindliche Atmosphäre der RUB und gründete in seinem Haus den „Kohlenkellerklub“.“

4. Um das „reaktionäre Auftreten“ des KKK zu beweisen, berichtet das MFB: „Man nahm offene Kontakte mit rechtsradikalen klerikalen Organisationen auf, wie den Jesus People und der Gesellschaft zur Vereinigung des Weltchristentums.“

5. Aus gleicher Quelle: „In den letzten beiden Jahren verließen die liberalen Kräfte den Kohlenkellerklub.“

6. Dann wieder heiße Nachricht übers UP: „Durch bewußt provozierend gestellte reaktionäre Anträge versuchte Ewald nach der Wahl, die Stimmung unter den Universitätsmitgliedern zu testen.“

7. Der Marxismus des Herrn Gralher hat sich in seiner Politik an keiner Stelle gezeigt. Sein Karrierismus hat sich stattdessen an vielen Stellen gezeigt (z. B. seine Verhandlungsführung anlässlich des Besuchs des Wissenschaftsrats).

her gegen den Unabhängigen Niehammer — was bin ich doch ein Reaktionär! Ist die SAG der Meinung, die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter im UP sind reaktionär, weil sie sich ebenfalls für Gralher einsetzen?

7. Gipfel der Empörung (SAG-Wahlplattform): „Des weiteren versuchte er, die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen.“

Antwort auf den Ewald-Brief
Bemerkenswert an dem Schreiben von Ewald ist zunächst, daß er einen Abdruck in der BSZ verlangt, obwohl die beanstandeten Mitteilungen gar nicht in der BSZ abgedruckt waren.

Nun zu den beanstandeten Punkten:

1) u. 7) Ewald hatte im UP beantragt, die soziale Betreuung der Studenten auf eine Universitätsparlamentskommission zu übertragen.

Wenn Ewald und Marionetten daher versuchten, die soziale Betreuung der Studenten auf das Universitätsparlament zu übertragen, ist darin zugleich ein Versuch der Entziehung der Sozialbeiträge zu sehen.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß das Wissenschaftsministerium davon ausgeht, daß die soziale Betreuung die einzige Aufgabe ist, die nach dem Hochschulgesetz der Studentenschaft übertragen werden darf.

2) Es gibt die Aussagen von ehemaligen SMD-Mitgliedern, daß die SMD über diese Mittel verfügte und ihre Mitglieder dementsprechend untergebracht waren.

3) Die Antwort wurde bereits im Artikel im Mathematik-Fachschäftsblättchen gegeben und von Ewald hier zitiert.

4) Ewald dementiert nicht, daß die Jesus People rechtsradikal sind und er zu ihnen Kontakt hat.

5) Es sind die Namen mehrerer Liberaler bekannt, die den Kohlenkeller in letzter Zeit verlassen haben.

6) Der Marxismus des Herrn Gralher hat sich in seiner Politik an keiner Stelle gezeigt. Sein Karrierismus hat sich stattdessen an vielen Stellen gezeigt (z. B. seine Verhandlungsführung anlässlich des Besuchs des Wissenschaftsrats).



Zur Politisierung im Urlaub: An jedem Tag ein Kästchen mit Punkt ausfüllen. Eins für Mama, eins für Papa, eins für Omi ...

Wir haben gewählt

Zweifelsohne ist das Wahlergebnis als ein Erfolg der Rechten und eine Schwächung der Linken zu werten. Wichtig ist jedoch, daß es hier in Bochum der vereinigten Rechten trotz übelster Hetze gegen die Linken und Wahlunterstützung durch CDU und die Industrie wieder nicht gelungen ist, den ASIA in die Hand zu bekommen (wie an anderen Unis).

Allerdings ist das Ergebnis nicht ganz frei von Irrationalität, als die Studentenschaft zwar in der Regel linke Fachschaften wählt, dann aber bereit ist, den ASIA, der seine Arbeit in den Abteilungen nur über die Fachschaften konkretisieren kann, mit rechten Gruppen wie BSU/SLH, RCDS oder UFG zu besetzen.

Eine Rolle bei der Sitzverteilung haben verschiedene Faktoren gespielt, unter anderem:

- (a) die SAG hat sich zunehmend in den Fachschaften verankert (13 statt 9 Sitzen);
(b) der SHB/SF hat aufgrund der Namensaberkennung durch die

SPD und dem — von den beleidigten ehemaligen SHB-Mitgliedern als „Spaltung“ propagierte — Prozeß der Selbstklärung Stimmen an BSU/SLH verloren; Außerdem hat die Hetze von BSU und RCDS gegen den SHB einige Stimmenverluste eingebracht.

(c) zudem ist das Wahlergebnis zu verstehen als Appell an die Einheit der Linken.

Die in der ASIA-Koalition zur Zeit vertretenen Gruppen SHB/SF und SAG gehen davon aus:

- (1) daß es wieder einen linken ASIA geben wird und muß (ansonsten wird die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft nicht verhindert);
(2) daß die studentische Sozialpolitik als Ansatzpunkt antikapitalistischer Bewußtseinsbildung stärker als bisher berücksichtigt werden muß;
(3) daß die Informationspolitik gegenüber der Studentenschaft verstärkt an den konkreten Abteilungsproblemen ansetzen muß;
(4) die Verankerung von Sozialisten in den Fachschaften verstärkt vorangetrieben werden muß.

Insofern ist das Wahlergebnis ein Anstoß zur Überprüfung und Berichtigung der eigenen Politik, ohne freilich in einen Opportunismus zu verfallen!



Basisgruppenarbeit macht Spaß!

Studentenschaft an der Ruhr-Universität Bochum / der Wahlleiter

Übersicht über die Wahlergebnisse zum 6. Studentenparlament der RUB (amtliches Endergebnis der Wahlen!)

Table with 3 columns: Item, Stimmzahl, Prozent. Includes sections for I. Stimmberechtigt, II. Stimmen der Wahlgemeinschaften, III. Gewählte Direktkandidaten, and IV. Mandate.

IV. Mandate: 1. BSU/SLH 6 Direkt + 11 Liste = 17 Mandate; 2. SAG 5 Direkt + 7 Liste + 1 Überhang = 13 Mandate; 3. SHB/SF 2 Direkt + 6 Liste = 8 Mandate; 4. RCDS 0 Direkt + 4 Liste + 1 Überhang = 5 Mandate; 5. MSB Spartakus 0 Direkt + 3 Liste + 1 Überhang = 4 Mandate; 6. UFG 2 Direkt + 1 Liste + 1 Überhang = 4 Mandate; 7. ALS-LHV 0 Direkt + 1 Liste = 1 Mandat; 8. KSV 0 Direkt + 0 Liste + 1 Überhang = 1 Mandat; 9. Unabhängige 3 Direkt = 3 Mandate; 10. Keukens od. Ucka 1 Direkt = 1 Mandat; 57 Mandate

gez. Jörg Reimann, Wahlleiter

Die Chronik

21. Juni: Mitglieder der Projektgruppe Brelohstraße, die die Bewohner der Bochumer Elendsviertels aktiv unterstützen ohne allerdings nur unpolitische Caritas-Arbeit zu leisten, werden festgenommen.

21. Juni: Längst Praktiziertes wird Gesetz: Kriegsdienstverweigerer können bei Bundesbahn und Bundespost eingesetzt werden (z. B. als Streikbrecher, da sie selbst nicht streiken dürfen).

26. Juni: Die SHB-Revisionisten (Mehrheitsfraktion) schließt drei SHB/SF-Gruppen aus, die Frankfurter Gruppe z. B. deshalb, weil sie die „Rote Hilfe“ unterstützt.

27. Juni: In NRW stehen jetzt 700 Polizeibeamte als „Gewehrpräzisionschützen“ sozusagen Gewehr bei Fuß. Zu den vorhandenen 90 Gewehren mit Zielfernrohr will das Land weitere 600 noch in diesem Jahr anschaffen. Halali!

28. Juni: Die Aussagen der Polizeibeamten, die bei der Erschießung

Advertisement for Bild magazine featuring the headline 'Endlich: 15000 neue Polizisten!' and 'Die Innenminister versprechen allen Tränen um Grab des'.

Wenn „Bild“ sich freut — dann muß uns grausen

21. Juni: Die Konferenz der Innenminister verabschiedet ein Papier, nach dem die Zahl der bundesdeutschen Polizisten um 15 000 erhöht werden soll. Die Beschlüsse sehen vor, daß künftig in der BRD auf 400 Bürger ein Polizeibeamter entfällt.

Das Papier fordert weiter den großzügigen Gebrauch der polizeilichen Telefonüberwachung und sieht bei der Polizeibewaffnung neben Pistolen und MP auch Handgranaten und Maschinengewehre vor.



22. Juni: „Nahezu einstimmig“ verabschiedet der Bundestag vier Gesetze und drei Grundgesetzänderungen, die unter anderem zur Folge haben:

- eine erhebliche Ausweitung der Kompetenzen des Verfassungsschutzes, vor allem bei der „Überwachung“ von Ausländern
● ein verschärftes Haftrecht, das das Einhalten von Tatern aller Art in U-Haft sehr erleichtert
● den faktischen Ausbau des Bundesgrenzschutzes als Bundespolizei
● und die Zentralisierung der Polizeiarbeit, z. B. zum Schutz der fdGo (freiheitl.-demokr. Grundordnung), also bei Polit-Delikten.

24. Juni: Gegen mehrere Rechtsanwälte, deren Klienten häufig politischer Delikte angeklagt sind, werden von der Bundesanwaltschaft Ermittlungsverfahren eingeleitet.



25. Juni: Der 34jährige Schotte McLeod hört in seiner Stuttgarter Wohnung Geräusche, öffnet — unbekleidet — die Schlafzimmertür und sieht sich einem Zivilisten mit Maschinepistole gegenüber. Er springt erschrocken ins Schlafzimmer zurück, der Zivilbulle (und es handelt sich um einen solchen) erschießt den nackten Mann durch die geschlossene Tür; nach Angaben der Staatsanwaltschaft, die erst mal Nachrichtensperre verhängt, weil er sich bedroht sah.

Petra Schelms beteiligt waren, sind falsch. Sie behaupten, am Mündungsfeuer erkannt zu haben, daß Petra Schelm auf sie schoß. Nach Angabe von Sachverständigen ist das Mündungsfeuer aber nur bei völliger Dunkelheit zu erkennen.

28. Juni: Überraschend erfahren die Mitarbeiter zweier Berliner SPD-Zeitungen, daß die Zeitungen (Auflage zusammen: über 110 000) am 30. 6. eingestellt werden sollen. Der Springer-Anteil an Berlins Tageszeitungen wird auf a. 85 Prozent gesteigert werden.



28. Juni: Innenminister Genscher rügt den bayrischen Rundfunk, weil in einer Sendung für Gastarbeiter u. a. eine Veranstaltung spanischer Kommunisten erwähnt wurde. Genscher bittet um Unterlassung solcher Berichterstattung.

29. Juni: Der DGB erklärt sein „Ja“ zur konzertierten Aktion.

29. Juni: Die Staatsanwaltschaft in Kiel erwägt, gegen die gegen den schleswig-holsteinischen Hochschul-Gesetzentwurf streikenden Studenten wegen Landfriedensbruch zu ermitteln.

30. Juni: Für die zum Flick-Bereich gehörende „Krauss-Maffei AG“ verlief das Geschäftsjahr 1971 vor allem deshalb besonders erfolgreich, weil sie Panzer für die Bundeswehr baut. Tja, Flick baut für Hitler, für CDU-Kanzler, für SPD-Kanzler, Flick baut Panzer und verdient.



30. Juni: Nachdem dem Rechtsanwalt Schily unter fadenscheinigen Begründungen die Verteidigung Gudrun Ensslin entzogen wurde, verhindert die Berliner Staatsanwaltschaft nun, daß er sein Mandat für Katharina Hammerschmidt, die sich am gleichen Tag gestellt hat, ausüben darf.

BSZ

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-László Ostfalk (SHB), Hannes Sänger (SAG), Klaus Rothfahl (SAG).
Redaktion: Jörk Böhnk (SHB), Heinz Schlinkert (SHB), Hannes Jung (SAG), Michael Dornieden (SAG).
Anschriit: 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: Hajo Mulsow.
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.

SPEKTRUM

Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

Table with 3 columns: Day/Time, Artist/Band, and Genre. Lists events like RICK ABAO, JAN HUYDTS TRIO, PETER BRÖTZMANN TRIO, and BANTEN.

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.